

Sohrauer Stadtblatt.

Publikations-Organ der amtlichen Behörden von Sohrau O.S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Ersteinst

Wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich frei ins Haus und
bei allen Postämtern 1 Mk. 50 Pfg.

Druck und Verlag von

P. Hunold's Stadtbuchdruckerei, Sohrau O.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Anzeigen-Preis:

für die einseitige Zeitspaltel oder deren Raum 20 Pf.
Inseraten-Annahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erscheinungstage.

Nr. 57.

Verkauf. Nr. 19

Mittwoch, den 16. Juli 1919.

Verkauf. Nr. 19

41. Jahrg.

Aufhebung der Blockade.

Verailles, 12. Juli. Der Oberste Rat der Alliierten hat in seiner gestrigen Nachmittagsitzung beschlossen, die Blockade Deutschlands von heute, den 12. Juli, ab aufzuheben.

Die Aufhebung der seit Kriegsbeginn von unseren Gegnern über das gesamte deutsche Wirtschaftsleben verhängten Blockade wird vielleicht von vielen als eine Erlösung von schwerem wirtschaftlichen Druck empfunden werden. Ihre praktische Bedeutung darf aber von vornherein nicht überschätzt werden, damit die Enttäuschung hinterher nicht allzu groß wird. Der 12. Juli ist zweifellos ein Termin in der Geschichte unseres Wirtschaftslebens, der für dessen langjahren Wiederaufstieg unter gewissen Voraussetzungen von Bedeutung werden kann. Aber noch sind mit der Aufhebung der Blockade allein diese Voraussetzungen nicht gegeben. Das Ententeedikt über die Aufhebung bedeutet zunächst weiter nichts, als daß sich die Entente dazu bereit erklärt, uns zum internationalen Seehandel wieder zuzulassen. Das heißt, es können uns Waren auf dem Seewege aus den neutralen oder den uns feindlichen Ländern zugeführt werden, ohne daß sie in Gefahr laufen, auf die Liste der „Rotenbande“ gesetzt und für die Entente beschlagnahmt zu werden. Natürlich ist für eine Heranschaffung solcher Waren unter allen Umständen reichlicher Schiffsraum nötig. Da aber seinerzeit unsere Handelsflotte an die Entente ausgeliefert, die diese natürlich zu allererst für die Auffüllung ihres herabgeminderten Schiffsraumes benutzen wird, bleiben wir nach wie vor in dieser Hinsicht auf den guten oder den bösen Willen der Alliierten und der Neutralen angewiesen.

Geht man nun den Fall, man stellt uns genügend Schiffe für die Heranschaffung von Rohstoffen und Lebensmitteln zur Verfügung, so gelangen die von ihnen eingeführten Waren doch keinesfalls früher in unseren Besitz, als bis wir in der Lage sind, sie zu immerhin noch recht hohen Preisen an das Ausland zu bezahlen, oder doch mindestens unsere Kreditwürdigkeit einwandfrei nachweisen zu können. Daraus ist aber bei dem durch die dauernden wilden Streiks in Deutschland hervorgerufenen niedrigen Kursstande unserer Reichsmark bis auf weiteres kaum zu denken. Unser Papiergeld hat draußen natürlich keinen Wert. Wir müssen mit Gold oder mit Kohlen oder mit Arbeit zahlen. Gold steht uns für diesen Zweck kaum noch zur Verfügung, und Kohlen werden wir nach der Durchführung der Gebietsabtretungen kaum für den eigenen Wirtschaftsbedarf genügend haben. Da bleibt uns also nur noch die Arbeit als einziges Zahlungsmittel, die durch die Verwendung von Rohstoffen, die leider auch meist erst eingeführt werden müssen, in Fertigfabrikate auszuwachsen an das Ausland schafft. Ob uns aber solche Rohstoffe durch das Ausland zur Verarbeitung in genügenden Mengen zur Verfügung gestellt werden, bleibt eher zu bezweifeln, als zu bezagen, da England uns mit Fertigfabrikaten zu überschwemmen gedenkt. Die Folge davon würde leider die Ausfuhr deutscher Arbeitskraft als Kulturdünger für unsere Feinde sein.

Nach der Blockade.

Verailles, 12. Juli. Das „Journal officiel“ wird morgen vormittag ein Dekret veröffentlichen, durch das die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland gestattet wird.

Infolge der Aufhebung der Blockade Deutschlands hat die französische Regierung den französischen Staatsbürgern gestattet, unter gewissen

Bedingungen die Handelsbeziehungen mit Deutschland wieder aufzunehmen und Waren der Ausfuhr aus Frankreich freigegeben, welche ohne Formalität nach Deutschland eingeführt werden können. Für Waren, deren Ausfuhr verboten ist, ist eine Spezialgenehmigung des Finanzministers notwendig. Deutsche Waren, oder solche, die aus Deutschland kommen, können nur mit spezieller Genehmigung nach Frankreich eingeführt werden, die ebenfalls der Finanzminister erteilt. Für Zahlungen zwischen Deutschen und Franzosen bleiben im allgemeinen die alten Beschränkungen aufrechterhalten. Es sind ferner alle Operationen untersagt hinsichtlich feindlicher Güter, die unter Sequester stehen, auch Zahlungen von Coupons solcher Werte, die seit 1. August 1914 feindlichen Untertanen gehören oder gehört haben. Der Verkauf oder Ankauf von Mark ist nur durch Vermittlung einer zuständigen Bank nach dem Gesetz vom 3. April 1918 gestattet.

Der deutsch-amerikanische Handel.

Washington, 13. Juli. Die Schiffsverbindungen mit Hamburg und Bremen werden wieder hergestellt, sobald die Ladungen dafür aufgebracht werden können. Von Philadelphia wird sofort ein Schiff nach Hamburg abgehen. Aus den südlichen Häfen wird Baumwolle direkt nach Deutschland verschifft werden.

Washington, 13. Juli. Der stellvertretende Staatssekretär verspricht, daß die Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland binnen 48 Stunden gestattet werden wird. Es werden außer für Farbstoffe, Chemikalien und Kalk, die unter der Aufsicht der Wiedergutmachungskommission stehen, Lizenzen ausgegeben werden. Die Schiffsverkehrsbeschränkungen werden nicht beibehalten.

Deutsch-englische Beziehungen.

Amsterdam, 14. Juli. „Daily Mail“ zufolge ist die englische Regierung gewillt, bald Erleichterungen für die britischen Kaufleute zu schaffen, damit sie ihre Waren in Deutschland verkaufen können. Die Veröffentlichung einer Verordnung betreffend die Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland wird in diesen Tagen erfolgen. Sie wird gewisse Vorbehalte bezüglich der Ausfuhr von Deutschland nach England enthalten. Der Reiseverkehr nach Deutschland wird noch nicht freigegeben werden, aber Kaufleuten, die nach Deutschland reisen wollen, um einen Markt für britische Erzeugnisse zu finden, wird die Regierung keine Hindernisse in den Weg legen.

Die erste Ratenzahlung.

Aus Rotterdam wird gemeldet: Die „Hollands Nieuws Blot“ berichtet, hat Deutschland laut „Echo de Paris“ bereits am 1. Oktober d. J. die erste Rate der Kriegsschadigung in Höhe von 10 Milliarden Mark an die Entente zu zahlen.

Chinas Sonderfrieden mit Deutschland.

Aus dem Haag, 14. Juli. Aus London wird gemeldet: In der „Times“ finden sich über die Haltung Chinas in der Friedensfrage noch verschiedene Einzelheiten, deren wesentliche darauf hindeuten, daß China nicht abgeneigt wäre, einen Sonderfrieden mit Deutschland zu schließen.

Die Ratifizierung in Frankreich.

Genf, 12. Juli. Die Ratifizierung des Friedensvertrages durch die französische Kammer ist vor Mitte September nicht zu erwarten.

Die Blockade gegen Rußland aufrechterhalten.

Amsterdam, 14. Juli. Die niederländische Telegraphen-Agentur meldet aus Paris:

Der Fünferat beschloß am Sonnabend die Aufrechterhaltung der Blockade gegen Rußland.

Die Heimkehr unserer Gefangenen.

Nach einer Meldung des „Daily Mail“ hat die Admiralität für den 20. August acht Transportschiffe für die ersten Transporte der Kriegsgefangenen bereitgestellt. Nach Balfours Mitteilungen im Parlament sind aus England 295.000 deutsche Kriegsgefangene heimzuführen.

England entläßt die Kriegsgefangenen.

Haag, 14. Juli. Aus London wird gemeldet: Die Maßnahmen für die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen aus England haben begonnen.

Der erste Transport aus Frankreich.

Berlin, 14. Juli. Die aus Versailles gemeldet wird, soll am 20. d. Mts. der erste Transport der aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Deutschen in Stärke von 3000 Mann das Gefangenenlagers bei Reims verlassen.

Noch keine Herausgabe unserer Gefangenen?

Berlin, 13. Juli. Nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ befragt eine Drahtung des Pariser Vertreters der „Neuen Zürcher Zeitung“ über die Frage der Kriegsgefangenen, daß der Verband in dieser Frage nicht die gleichen Verpflichtungen auf sich genommen habe, wie bezüglich der Aufhebung der Blockade. Was die Kriegsgefangenen betreffe, so werde man abwarten, bis die Hauptmächte den Friedensvertrag vollständig ratifiziert hätten, und bis die Exekutivkommission eine Lösung der Arbeiterfrage für den Wiederaufbau der vernichteten Gebiete gefunden habe.

Verailles, 13. Juli. Die Frage der Rücksendung der Kriegsgefangenen blieb bis jetzt noch im Dunkel. Einige Pariser Blätter veräußern seit einigen Tagen diese Frage mit der Frage des Wiederaufbaues der Kampfgebiete Nord Frankreichs. Die durch eine Wolfenote dargelegte Sachlage, daß die Friedenskonflikte eine derartige Vermengung zweier völlig verschiedener Materien nicht zulasse, veranlaßt „Matin“ zu einer offensichtlich von der französischen Regierung inspirierten Erklärung. Das Blatt sagt: Gewiß müßten die deutschen Kriegsgefangenen in gewissen Zeitabschnitten zurückgeführt werden. Da aber Deutschland sich formal verpflichtet habe, die Kampfgebiete wieder aufzubauen, wäre es natürlich, daß die Stellung deutscher Zivilarbeiter den Abtransport der Kriegsgefangenen beeinflussen müßte; nur in dem Maße, in dem diese Arbeiter in Frankreich eintreffen, werde man die Vertragskonflikte betreffend die Kriegsgefangenen ausführen können.

Durch diese Interpretation ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, unterzöglicht mit den alliierten Regierungen über die Kriegsgefangenenfrage zu verhandeln.

Der Kaiser bleibt in Amerongen.

Parisruhe, 11. Juli. Aus Amsterdam wird gemeldet: Graf Bentinck, in dessen Schloß in Amerongen der frühere Kaiser wohnte, erklärte Stellungsbereitern gegenüber, der Kaiser habe sich der holländischen Regierung gegenüber auf Ehrenwort zum Verbleiben in Amerongen verpflichtet. Es sei ihm eine Pflicht nicht statfinden zu lassen und eine schärfere Bewachung unzulässig zu sein. Der Kaiser habe den Wünschen seiner Familie entsprechend das Schloß Amerongen seit dem 15. Dezember überhaupt nicht mehr verlassen.

Berlin, 12. Juli. Die Temps meldet, gemäß der ehemalige deutsche Kaiser an die Alliierten das Ersuchen zu richten, von einer Beurteilung seiner Person abzuleben. Dagegen werde er freiwillig einen Ort Europas

aussagen. Mit Bestimmtheit verlautet, daß der Kaiser Niederländisch-Indien vorschlagen werde. Alle Meinungen über den Ort der Aburteilung des Kaisers seien freie Erfindung.

Holland lehnt die Auslieferung ab.

Haag, 13. Juli. Der holländische Minister des Aeußeren hat sich über die Stellung der Niederlande zur Auslieferung des Kaisers u. a. wie folgt geäußert: „Auf Grund des bestehenden Fremdenrechtes kann von einer Auslieferung an den Feind keine Rede sein und bei einer Ausweisung käme nur eine Abschiebung über die deutsche Grenze in Betracht. Wir selbst würden in unserem eigenen Interesse keine Ausweisung, keine verkappte Auslieferung vornehmen. Eine Zulassung zum Völkerbund unter der Bedingung, daß der Kaiser gerichtet werde, ist eine Schändung des Rechts und meines Erachtens unerlaubt und unzulässig. Geht in dem neuen Völkerbund angränzende Macht über Recht, dann werden wir nicht dazu gehören. Man kann über den Kaiser urteilen, wie man will, seine persönliche Schuld am Kriege ist viel kleiner, als die J. S. Davis seinerzeit um amerikanischen Freiheitskriege. Wenn der neue Völkerbund zum Frieden führen soll, so muß er solche Nachwirkungen eines geführten Krieges vermeiden.“

Verzicht auf den Kaiserprozess?

Luga o, 12. Juli. Nach dem „Corriere della Sera“ berichtet die Tante darauf, den Erzherzog Wilhelm II. vor Gericht zu stellen.

Hamburg, 12. Juli. Das „Hamburger Fremdenblatt“ berichtet von der italienischen Grenze: Wie der „Corriere della Sera“ meldet, ist der Kaiser von Japan gegen die Auslieferung Kaiser Wilhelms II. und gegen das geplante Gerichtsverfahren.

Eine Seufzahnachricht.

Amsterdam, 12. Juli. Die „Times“ bringt aus Belgien die Aufsehen erregende Nachricht, daß sich angeblich in englischen Händen Beweise dafür befinden, daß ein deutsches Hauptquartier in Anklam, Petersberg Nordkaja 47 befindet, welches die Petersburger Militärpolizei kontrollieren soll und außerdem den Oberbefehl über die deutschen Offiziere und Mannschaften führt, welche den Vorkämpfern im Kampf gegen die Alliierten Hilfe leisten. Wie das Blatt weiter berichtet, erstreckt Deutschland ein Bündnis mit Anklam, um an den Alliierten Bedenke zu nehmen. Dieser Plan werde speziell von den Offizieren der Armee von der Goltz stark unterstützt.

Tschechien nähert sich den Deutschen.

Genf, 14. Juli. Aus Prag verlautet, daß die deutschtschechische Strömung in der Tschechoslowakei sich merklich gelegt hat. In tschechischen Regierungskreisen hat man erkannt, daß sich nur mit Deutschland arbeiten läßt, weshalb die tschechoslowakischen Sozialistenkreise ganz offen eine Annäherung an Deutschland und Deutsch-Oesterreich empfehlen. Waghgebende Kreise haben es übernommen, in dieser Richtung hin tätig zu sein.

Eine Volkszählung beschlossen.

Weimar, 14. Juli. In der am Freitag unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers Dr. Bell abgehaltenen Vollversammlung des Staatsrats wurde den Entwürfen der Verordnung über die Vornahme einer Volkszählung und der Verordnung über die Aufhebung der Kantonspräsidenten Reichsbeamten zugestimmt.

Rücktritt Wissels.

(Amtl.) Der Reichswirtschaftsminister Wiesel und der Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, von Müllendorff, haben ihr Abschiedsgesuch eingereicht, ebenso Herr Bankler Andrae, der dem Ministerium in Handels- und Finanzfragen ehrenamtlich zur Seite gestanden hat.

Uebergabe von Danzig und Thorn.

Berlin, 14. Juli. Die Militärkommissionen der Alliierten sind in Danzig und in Thorn eingetroffen, um die Uebergabe des Landes an die Polen vorzubereiten. Die Uebergabe von Thorn und Westpreußen durch die Polen beginnt am 25. Juli. Den Deutschen wird es nicht gestattet sein, die Ernte fortzubringen, noch das Land vom privaten und Regierungsbetrieben zu entblößen. Der Einzug der polnischen Truppen in Thorn ist zum 24. Juli in Aussicht genommen.

Ein Nachruf.

In der bereits gemeldeten feigen Hinordnung zweier wackerer Soldaten erklärt ihr Regiment folgenden Nachruf: Zwei tapfere Kämpfer der 11. Kompagnie, Georg Kähler aus Sadoworn bei Breslau, und Ernst Stummel aus Wrie, Kreis O. 18, versuchten am 4. Juli in Unifrom und besaßen östlich Bismarck einen polnischen Posten auszubringen. Hierbei gerieten sie auf feindliches Gebiet in Gefangenschaft. Von dem polnischen Regiments-Kommandeur, Hauptmann Balach in Krotoschin, wurden sie vor ein Kriegsgericht gestellt und zum Tode verurteilt. Die Verurteilung unsererseits, dieses jedem Recht nach jedem sol-

datlich in und menschlichem Gefühl widersprechende, schändliche Urteil umzuwidern oder aufzuheben, bis die Exekute über diesen Fall entschieden hätte, wurden scharf abgelehnt. Am 6. Juli sind unsere Kameraden vom Feinde feige hingerichtet worden. Nach längeren Nachfragen mußten sie sich selbst ihr Grab schaufeln. Sie lebten es ab, daß bei ihrer Ermordung ihnen die Augen verbunden waren.

Wie hier werden unsere tapferen Kameraden nicht vergessen. Voll tiefer Trauer und Bitterkeit wird auf einen Feind, der sich durch so rücksichtslos grausam gemordet hat — möge sie dazu beitragen, deutsche Männer aus Chamaid und Schande emporzukommen. Der Tag der Vergeltung wird kommen.

Im Namen aller Angehörigen des Regiments, des Sommerfeld und Hellenhahn, Major und Führer des Reichs-Inf. Reg. 12 (Inf.-Reg. Nr. 51).

Ein französischer Soldat in Berlin erstickt.

Berlin, 12. Juli. Gestern kam es auf der Friedrichstraße widerum zu einem Zusammenstoß zwischen französischen Militär und Passanten. Zwei französische Offiziere, die um 11^{1/2} Uhr nachts die Friedrichstraße passierten, wurden von deutschen Kriegsinvaliden, Soldaten, aus Versehen angegriffen. Die Offiziere sollen darauf die Besondere mit dem Ausdruck „deutsche Schweine“ beleidigt haben. Es entstand ein Aufruhr, und die erregte Menge verfolgte die Offiziere bis zu deren Hotel. Hier wurden die Franzosen ersticht und getötet. Erstbesagte Polizei schaffte sie in ihre Ostl.

Berlin, 11. Juli. Wie die Germania-Polizei mitteilt, wurde diese Nacht in der Friedrichstraße zwischen Dortheim- und Georgenstraße der französische Soldat Paul Manheim, Sergeant vom 32. Dragoner-Regiment, auf der Flucht vor einer großen Menge von einem unbekannten Täter erschossen.

Votales u. Provinzielles.

Soprau O.-G., den 15. Juli 1919.

Die Besetzung Oberschlesiens.

Kottbus, 13. Juli. Zur Vornahme der Volksabstimmung in Oberschlesien ist ein Truppenkontingent von 30000 Mann bestimmt, die auf die einzelnen Kreise nach der Maßgabe gelegt werden, daß zwei Drittel der Mannschaften in die Industriestädte und Gemeinden und ein Drittel auf die Landbezirke kommen. Eine Sonderkommission von 750 Mann wird in der letzten Julihälfte in Oberschlesien eintreffen, um die zwei Wochen später erfolgende Besetzung vorzubereiten.

Anweisung polnischer Fahrer.

Kottbus, 13. Juli. Aus Paris wird von gut eingeweihter Stelle gemeldet: Um die völlig unbefähigten Volksabstimmung in Oberschlesien zu gewährleisten, sollen nun auch die polnischen Parteiführer für die gesamte Wahlzeit aus dem Abstimmungsgebiet ausgewiesen werden. Diese deutsche Parteiführer werden einer früheren Verordnung gemäß ebenfalls Oberschlesien zu verlassen haben.

Bildung einer Provinz Oberschlesien?

Bekanntlich sucht die preussische Verwaltung den Zusammenhang des preussischen Staates durch eine zweckmäßigere Gestaltung des Verhältnisses der Zentralregierung zu den Provinzen sicherzustellen. Von diesem Gesichtspunkt hat das Staatsministerium in der Sitzung vom 12. Juli beschloffen, einen Gesetzentwurf über die Einräumung erweiterter Selbständigkeitsrechte an die Provinzialverbände unverzüglich der Landesversammlung vorzulegen.

Was Oberschlesien betrifft, das bekanntlich z. B. einen Regierungsbezirk aber keine Provinz bildet, so will man der Staatsregierung für die Zeit nach der Abstimmung, die zu seinem Verbleiben bei Preußen geführt haben wird, die Bildung einer Provinz Oberschlesien erwägen. Damit würde auch Oberschlesien von dem erweiterten Autonomierechte, das der Gesetzentwurf den Provinzen zuerkennen will, Nutzen ziehen können.

Ausweisung der Arbeiterräte?

Weimar, 12. Juli. Die Exekute-Kommission hatte bestimmt, daß die nicht in Oberschlesien gebürtigen Räte für die Zeit der Volksabstimmung das Wahlgebiet verlassen sollten. Auf Grund noch schwebender Verhandlungen deutscher Regierungsvertreter mit der Alliierten-Kommission darf es als sicher gelten, daß diese Bestimmung in den nächsten Tagen aufgegeben wird. Die ober-schlesischen Abgeordneten der Nationalversammlung sind in gleicher Weise vorstellig geworden.

S (Weurlaubt) ist Herr Bürgermeister Reichle für die Zeit vom 16. Juli bis einschließlich 9. August mit der von ihm selbst gestellten Maßgabe, daß er in dringender Angelegenheit jederzeit zurückgerufen werden kann. Die Vertretung hat der Beigeordnete, Herr Tierarzt Hering übernommen.

X (Wom Rhythmer Kreisstag.) In der Sitzung des Kreisstages am 12. d. M. wurde ein Antrag des Kreisaußschusses, zur Sicherung derjenigen Kreisbeamten, welche bei einer event. Besetzung des Kreises ihre Stellung verlassen müßten, eine Summe von 150000 M. zu bewilligen, abgelehnt. Einer Erhöhung der Gehälter der Kommunalbeamten wurde zuge-

stimmt und die Festsetzung der Gehaltserhöhung einer festgelegten Kommission übertragen. — Eine Anfrage, ob es Tatsache sei, daß im Kreis 8 oder 10 sozialdemokratische Herren (darunter in Sohrau allein drei) durch den Kreisvolktrat im Gehalt von monatlich je 800 M. bezühten und wer diese Kreisgehälter bezüht, beantwortete der Vorsitzende Herr Senator Dr. Katschke dahin, daß es allerdings stimmt, daß diese Herren vom Staatskommissar Herr Dörfling für den Kreis als Lebensmittellieferanten angestellt sind und vom Kreis bezahlt werden müßten. Die Höhe dieser Besoldung wurde mit Entschiedenheit beanstandet. Die Besoldung des Kreisvolktrates beträgt dadurch 75—100000 M. jährlich. Nachdem mehrere Abgeordnete darauf hingewiesen, daß diese enormen Beträge weder statiert noch vom Kreislage genehmigt sind und die Zahlung derselben deshalb unzulässig erfolgt, wurde auch mit Rücksicht darauf, daß die finanzielle Lage des Kreises nicht gerade rosig ist, ein einstimmiger Beschluß dahingehend angenommen, jede weitere Zahlung dieser Gehälter sofort einzustellen. Während sonst über geringfügige Ausgaben, wie z. B. Bezügen an Haushälter, aus Sparmaßregeln längere Zeit debattiert werden mußte, werden hier ohne Gegenwirkung des Kreisstages die Ausgaben ausgeschrieben, die unter Elendbedeutung erheblich belaufen. — Der Titel „Kreis-Verwaltungsrat“ ist den Kreis-Gesamtsamtschreibern bewilligt worden.

S (Herr Ober-Ingenieur Zintelott) verläßt am heutigen Tage unsere Stadt, um einem Rufe als technischer Direktor bei der Firma Hönisch & Co. in Dresden-Nordwestlich Folge zu leisten. Während seiner nun etwa 1-jährigen Wirksamkeit am hiesigen Orte bei der Firma Deutsche Luftfahrt-Gesellschaft hat derselbe das betr. Etablissement auf große Höhe gebracht und sich durch seinen vornehmen und sozialen Charakter einen großen Bekanntheitskreis erworben, so daß sein Entgehen von hier, welches hauptsächlich durch die politischen Wirren bedingt wurde, allgemein bedauert wird.

S (Die Abschlußprüfung) bestand am Seminar in Bockschütz u. a. Herr Paul Dornmayer, ein Sohn der verw. Frau Postassistentin Dornmayer hier selbst.

S (Das 10-jähr. Stiftungsfest) des hiesigen Radfahrervereins ist am Sonntag den 13. d. M. durch ein Konzert im Schützenhause gefeiert worden, zu welchem sich trotz des ungunstigen Wetters eine große Anzahl von Besuchern einschleichen konnte. Die Kapelle des Musikinstituts Wymen-Pottowky konzertierte unter großem Beifall, während in der Regelbahn um 10 wertvolle Preise ein Preßwettbewerb stattfand. Auch im Schützenhause und bei Schützenhof des harmonisch verlaufene Fest. Wäge der Radfahrervereine, welcher den Sport pflegt und besonders bei Flugzeugen hier sich durch sein schmales Aussehen hervorgetan ist, auch weiterhin wachen, blühen und gedeihen.

S (Ein Fliegergeschwader) erschien Sonntag früh über Sohrau und warf aus ganz geringer Höhe Flugblätter in deutscher und polnischer Sprache ab.

S (Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.) Die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen aus den Ost- und Südgebieten hat bereits eingeleitet. In Schlesien sind zur Sammlung der Transporte große Durchgangslager errichtet worden. In Odrau, Weisse und Breslau und anderen großen Städten sind, um den Gefangenen einen würdigen Empfang zu bereiten, Empfangsausschüsse gegründet worden. Auf dem Bahnhof Annaberg, nahe an der schlesisch-tschechischen Grenze, sind bereits 4 Transporte angekommen. In Ratibor hat die Rückkehr von Kriegsgefangenen bereits begonnen. Auf dem hierzu seitlich geschwenkten Bahnhof Annaberg sind, wie der „Oberösch. Anz.“ berichtet, neben etlichen Personen bereits vier Transporte in Stärke bis zu 80 Mann einetroffen. Sie wurden von einem Vertreter der militärischen Abnahmekommission und einer Zivil-Empfangskommission begrüßt. In Annaberg werden die Ankommenden betreut, dann erfolgt ihre Weiterleitung nach dem Sammel-lager in Duppeln.

S (Die große Vermögensabgabe.) Aus dem Gesetzentwurf des Reichsfinanzministers über die große Vermögensabgabe, der in kürzester Frist der Öffentlichkeit bekannt gegeben soll, verlautet vorläufig folgende Einzelheiten: Die Abgabepflicht erstreckt sich auf die Angehörigen des Deutschen Reichs, auf staatslose Personen, wenn sie im Deutschen Reich einen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, auf Ausländer, die sich im Deutschen Reich dauernd erwerben wollen. Daneben sollen Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Versicherungs-gesellschaften

auf Gegenseitigkeit, eintragung Genossenschaften, Vermögensgegenstände usw., aber auch alle sonstigen juristischen Personen sowie nicht rechtsfähige Vereine und Stiftungen ohne juristische Persönlichkeit, wenn auch mit Unterschieden, der Abgabe unterworfen werden.

Vermögen im Sinne des Besitztums ist das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen nach Abzug der Schulden, wobei jedoch Hauspfandschulden und Schulden und Posten, die in wirtschaftlicher Hinsicht zu nicht-abgabepflichtigen Vermögensstellen stehen, unberücksichtigt bleiben. Zum steuerbaren Vermögen gehören u. a. auch Erschließung, Pflanzungen, oberirdische Leitungen, soweit ihr Gesamtwert den Betrag von 20000 übersteigt. Die Steuer wird sich in Stoffklagen zwischen 10 und 25 Prozent bewegen. Sie soll unter dem besonderen Namen Reichssteuer eingetragen werden.

Die Zahlungen fallen auf einen Zeitraum bis zu 30 Jahren.

(Abfassung der Kleiderbezugscheine.) Berlin, 12. Juli. Im Reichstag ist beschlossen worden, die im Reich der Reichsbank und Reichsbank für die Herstellung von Kleiderbezugscheinen und die Ware selbst im freien Handel zu veräußern, teils die notwendige Bevölkerung damit zu versorgen. Ein Kleiderbezugschein für die bürgerliche Bevölkerung kommt, wie gegenüber der Reichsbank festzusetzen ist, bei der gesamten Reichsfinanzlage nicht in Frage. Dagegen wird das Reich die Reichsbank u. a. m. für 300 Millionen Reichsmark präsumierte Waren für die Reichsbank zuzuführen, Kleiderbezugscheine usw. neu zu beschaffen. Dieser Betrag reicht für eine allgemeine Versorgung nicht aus, es wird aber damit gerechnet, daß die Bevölkerung sich noch anderwärts einkaufen kann. Die Reichsbank u. a. m. soll in Kürze liquidiert werden, während die Reichsbankleistungen nach der in den nächsten Tagen bevorstehenden Auflösung des Reichsbankgesetzes ihre Tätigkeit auf die Reichsbankübernahme beschränkt.

(Baterländerischer Frauenverein fleht.) Aus dem Verwaltungsbericht des Reichsbank über das Jahr 1918 entnehmen wir: Im Jahre 1918 ist die Zahl der Reichsbankkunden wiederum etwas gewachsen. Während sie im letzten Jahre 980 Millionen betrug, beträgt sie jetzt 900. In den Personen des Reichsbankdienstes ist ein Wechsel gegenüber dem Jahre 1917 nicht eingetreten. Die Finanzverwaltung des Reichsbank hat folgende: Der Gesamtwert des Reichsbank am 31. Dezember 1917 betrug 2093655 Reichsmark. Die Einlagen im Jahre 1918 betrug 37118,38 Reichsmark, zusammen 58054,99 Reichsmark. Ausgegeben wurden im Jahre 1918 29194,15 Reichsmark. Der Gesamtwert am 31. Dezember 1918 betrug 28800,78 Reichsmark. Das Reichsbankvermögen hat sich gegenüber dem Ende des Jahres 1917 um 7923,23 Reichsmark erhöht. An reinen Mittelbeiträgen wurden im Berichtsjahre 2512,15 Reichsmark vereinnahmt.

(Verbessertes und vermehrtes Brot.) Der Volkswirtschaftsausschuß hat, nachdem die Getreidezufuhr aus Amerika gesichert ist, folgende Bestimmungen getroffen:

Die bisherigen Anmahlungsbestimmungen werden abgeändert. Roggen wird zu 82% und Weizen zu 80% ausgemahlen. Die Brotkrone beträgt ab 1. Oktober eine erhebliche Erhöhung.

Diese Bestimmungen bedeuten nicht eine wesentliche Verbesserung und Verringerung des Brotes, sondern auch eine Gewinnung von Mehl für die bessere Nahrung.

(Eine Fett-Sonderzulage.) Von zuständigen Stelle wird mitgeteilt: Das Reichsnahrungsmittelministerium ist in der Lage, an die Bevölkerung in diesem Monat neben den erhöhten Fettzulagen eine Sonderzulage von 200 Gramm Fett abzugeben. Der Zeitpunkt der Ausgabe läßt sich wegen der bestehenden Versorgungs-schwierigkeiten noch nicht bestimmen.

(Weitere Preisfälligkeit.) Aus Berlin kommende Berichte erzählen von ganz mächtigen Preisfälligkeiten auf dem dortigen Handelsmarkt in fast allen Branchen. Auch die Lebensmittel sind stark im Preis zurückgegangen. Die Butterpreise je P. soll n. Z. auf 12 Mark für ein Pfund gesunken sein, wobei die Handelsfrauen, welche mit ihrer „25 Mark-Butter“ nach Berlin fuhrten, mit recht langen Geschäften zurückkommen sein sollen. Die Getreidepreise sind in Berlin auf 35 Pfg. gesunken.

(Auch der Nationalversammlung.) Die Wahl der Abgeordneten Rubens (Zentrum) ist nunmehr im Pleum für ungültig erklärt worden. An seine Stelle tritt der Reichsanwalt Richterstein aus Hindenburg (Unabhängiger Sozialdemokrat).

(Der Streik im Rheinischer Revier erledigt.) Der Streik im Rheinischer Revier ist erledigt bis auf den Brotschlag der Char-

lottegrube. Die Kohagruve arbeitet zwar noch nicht, doch ist die Belegschaft arbeitswillig und muß nur wegen Betriebsstörungen feiern.

(Der Eisenbahnerstreik in Larnowig beendet.) Die Belegschaft des Staatskommissars teilt mit: In Sachen des Larnowiger Eisenbahnerstreiks fand am Sonnabend auf Einladung des Staats- und Reichskommissars Hörsing im Direktionsgebäude der Reichsbank Eisenbahndirektion eine Sitzung statt, an der teilnahmen: die Eisenbahn-Direktion, 27 Vertreter der streikenden Eisenbahner, 4 Vertreter des Beamten-Ausschusses und 2 Vertreter des Direktions-Eisenbahner-Arbeiterrats. Staats- und Reichskommissar Hörsing gab einleitend ein Bild von der Lage und erklärte, daß er dem Larnowiger Eisenbahnerstreik keine Berechtigung beimessen könne, da den Schöbern keine Möglichkeit gegeben sei, die gangbare fristliche Frage eingehend zu prüfen. Er ersuchte daher, den Streik abzubrechen und empfahl, eine Kommission von drei Mann zu wählen, die sich unter seiner Führung am Mittwoch nach Berlin begeben solle, um dem Arbeits- und Finanzminister die ganze Angelegenheit vorzuliegen. Nach längerer Aussprache erklärte der Vertreter der streikenden Eisenbahner, daß sie zum Staats- und Reichskommissar Vertrauen haben und sein Angebot annehmen wollen. In der Abstimmung wurde mit 11 gegen 7 Stimmen beschlossen, die Arbeit am Montag früh wieder aufzunehmen. Maßregelungen sollten unterbleiben und, soweit direkte Bergbau vorliegen, sollen sie mit dem Minister mitverhandelt werden.

(Der 31. Dezember 1919 Stichtag.) Wie mitgeteilt wird, gilt als Stichtag für die große Vermögensabgabe der 31. Dezember 1919, also nicht wie vielfach angenommen wurde der 31. Dezember 1918. Stichtag soll noch ein Ausgleich für die während des Krieges und der Revolution entstandenen Vermögensverluste ermöglicht werden, andererseits sollen auch bereits die Realisationsgewinne erfasst werden.

(Bewaffnete Banditen im Rechte.) In Gurek bei Summin wurde beim Bauern Georg ein schwerer Raubüberfall von bewaffneten Banditen ausgeführt. In einem reglementierten Streit zwischen Grenzschutztrupps und Jübil kam es nachts in Kofschütz. Wiederholt verurteilt dort Leute die Reichsbank zu plündern. Der Räuber, ein Badener aus Pösch, wurde bereits kürzlich unter Mitwirkung der Gurek-Nachrichtendienstes von etwa 100 Leuten und machte einen Sturm auf die Reichsbank. Grenzschutz eilte herbei, der Widerstand fand, so daß von Handgranaten und der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden mußte. Das flüchtende Gefolge erwiderte das Feuer lebhaft mit gleichen Waffen und zog sich dann in den Schutz der Kornfelder zurück. Nach den Verhältnissen wurden der Reichsbank mit einer Wiederholung des Überfalls zu rechnen. Auf der Rathborer Straße in Rybnik wurde auf den Pferdewehler Kowall ein Raubüberfall verübt, wobei dem Räuber 14000 Reichsmark in die Hände fielen. Der Täter, ein Kumpfer Ludwig Gaweletzky, ist die Tat im Raub verübt zu haben. Von der geraubten Summe konnten ihm bei seiner Festnahme 5000 Reichsmark abgenommen werden.

(Schwerer Unfall des Fürstbischofs von Prag.) Aus Prag wird gemeldet: Der Kraftwagen des Fürstbischofs Kardinal Stebenky ist umgefallen. Der Kardinal wurde blutüberströmt und bewußlos darunter hervorgezogen. Rybnik, 12. Juli. Der Bezirksauschuss hat genehmigt, daß für das Rechnungsjahr 1919 an direkten Gemeindesteuern in Rybnik erhoben werden: 300% Zuschlag der Einkommensteuer, 300% der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, 300% der Betriebssteuer.

Rosofschin, 13. Juli. Ueber die Unfähigkeit in Rosofschin wird geschrieben: Der Holzbauer Kufschera ist auf eigenem Acker bei der Arbeit von den bagabundierenden Deutschen Molyta und Kulla sowie den Eltermacher Zurschel überfallen und tödlich blutig geschlagen worden. Nur mit Mühe gelang es ihm sich durch Flucht vor dem sicheren Totschlag zu retten.

Gros-Dubensko, 14. Juli. Dem „Kurier“ wird geschrieben: Gros-Dubensko hat am Abend des 2. Juli das Bild der heillosen Entkräftung, Wut, Frust und Verwirrung. War es doch gelungen, 6 Fleischher abzufassen, die auf den bekannten mit Heu und Stroh beladenen Wagen auf unendlich Weise erworbenen Fleisch nach Hindenburg ausführen wollten. Viele Arbeiter und Schwere, ungezügelter Federvieh, meistens von den Armen der Armen, die sich gar nicht schämen können, sind in einigen Wochen geflohen worden. Mit Ingrimt mußten unsere Vergleiche, wenn sie nach dunkler Nacht um ihr einziges Gut zur Eiche führen, sehen, wie Fleischwagen voll beladen durchfahren, und

nach höchsten Bemerkungen mit Bedrohung durch Revolver machten. Der Höhepunkt der Aufregung wurde in der Nacht vom 1. zum 2. Juli erreicht. Mehrere Arbeiter verließen in die Wohnung und Stall des Hauptleutnants Suchta einzudringen. Da dieser verneint war, kamen sie zur Haustür und verlangten unter Verletzung der Stimme Eintritt. Die Frau rief gleich das Dienstmädchen, es soll nur schnell die Jagdwaffe und Revolver holen. Als Antwort eröffnete die Dienstmädchen ein lebhaftes Geschrei. Während der Pfarrer nun auch feuerte, lief die Frau mit der großen Ordonanzlocke auf den Boden und läutete Sturm. In kurzer Zeit war das halbe Dorf da, alles war munter. Die Arbeiter schickten in die nach Roggenfelder. In derselben Nacht bemerkte dann der junge Baite, daß vom Walde der zwei Männer eine Kuh trieben. Es war der älteste Franz Schultze von hier, der, wie er bei der Vernehmung später auslegte, die Kuh von einem großen Liebessmann im Walde bekommen hat, als er von der Waise ging. Das Gemüllte wollte er sie ihm schlachten und das Fleisch zurückgeben. Am Abend kamen auch die Arbeiter an, a. a. Z. Lüttow, Nitsche und Jargel aus Hindenburg wollten sie ihnen die Wagen an der Frontseite des Grundstücks. Schultze und Co trugen schnell Fleisch und Schmalz durch das Roggenfeld auf die Wagen und los ging es. Da das ganze Dorf von der nächsten Rohwälder wachte, war es den ganzen Tag auf den Beinen und beobachtet. Raum waren die Wagen sichtbar, so kitzelten viele Hundert auf die Fleischherren. Was dann geschah, weiß jeder, der Volksworte gefahren hat, die auf das höchste erbittert sind und nun jede Strafe verdienen.

Rybnik, 12. Juli. (Ein unwürdiger Stadtverordneter.) Man schreibt dem Kurier: Stadtverordneter Dujak kam in die letzte Stadtverordnetenversammlung in einer Verfassung und betrug sich dort in einer Weise, daß selbst wegen die Verhandlungen abgebrochen werden mußten. Im fruchtbarsten Oberstufen sieht man aber manchen blauen. Wenn Stadtverordnetenversammlungen häufig vertagt werden müssen, will die Mitglieder nicht das genügende Interesse zeigen und durch Abwesenheit glänzen, so daß keine Beschlussfähigkeit zustande kommen konnte, so kann man schließlich auch eine Entschädigung dafür fordern, wenn einmal das Kollegium wegen der Unfähigkeit eines Mitgliedes verhandlungsunfähig ist. Aber bei Herrn Dujak ist es nicht das erste Mal, daß er in solchem Zustande in der Sitzung erscheint und durch seine Koprolen das Kollegium an erster Arbeit hindert. Solches Verhalten muß auf die Dauer die Würde und das Ansehen des Parlamentes untergraben, ganz abgesehen von der schweren materiellen Schädigung, die die Stadt durch das lange Verlangen der wichtigsten Vorlagen erleidet.

Opatow, 12. Juli. Der Rosenberger Volkswort ist in der Nacht vom 8. Juni kam jetzt vor dem hiesigen Kriegsgericht zur Beurteilung. Die f. Z. gemeldet, wurde in Komoschau das Reichsbank des Reichsbankers Bräcker von einer polnischen Bande überfallen, die nach Abgabe von Gewehrschüssen die Haustür einbrach, die Hausbewohner bedrohte und dem Förster seine Gewehre raubte. In derselben Nacht wurden auch die Teilnehmungen um die Stadt Rosenberg durchschnitten und ein Attentat auf die Eisenbahndirektion bei Schöffisch verübt. Zum Teil waren die Angehörigen gefangen. Das Gericht ist die Anklage des Hochverrats fallen, erachtete aber bei dem größten Teile der Angeklagten vorbereitende Handlungen zum Hochverrat für erwiesen. Die Hauptdiener Staatsanwalts Benger und Franz Maron wurden zu je 5 Jahren Zuchthaus, Franz Ederach zu 2 Jahren Zuchthaus, Karl Maron zu 3 Jahren Gefängnis und andere Angeklagte zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen und Festungshaft verurteilt.

Todesurteile gegen türkische Würdenträger. Konstantinopel, 12. Juli. Das Kriegsgericht beurteilte Salata Pascha, Enver Pascha und Nemat Pascha zum Tode und Mustafa Kamil Effendi, ehemaligen Reichsminister und den früheren Finanzminister Dabib Bey 15 Jahren Zuchthaus. Die anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

Bekanntmachung. Am Mittwoch den 16. und Donnerstag den 17. Juli er. findet im Zimmer Nr. 2 die Ausgabe der Fleischmarken sowie Brotzusatzmarken einschl. für Schwer- und Schwerarbeiter und zwar wie folgt statt: Mittwoch von 8—12 Uhr die Hb. Nr. der Ausweisarten 1—400, von 12—3 Uhr die Hb. Nr. 401—800, Donnerstag von 8—12 Uhr die Hb. Nr. 801—1200 und von 12—3 Uhr die Hb. Nr. 1201—1450. Die roten Ausweisarten sind mitzubringen. Sobrou O.E., den 15. Juli 1919. Der Magistrat. Reich.

4^o Schles. Kommunal-Anleihe.

Der kommunale Giroverband Schlesiens, welchem 3. St. 95 Städte, 44 Kreise und 15 Gemeinden der Provinz Schlesiens angeschlossen sind, hat die ministerielle Genehmigung zur Ausgabe einer 4% igen mündelsicheren Anleihe von 50 Millionen Mark erhalten und sein Bankinstitut, die kommunale Girozentrale Schlesiens in Breslau, zunächst mit der Ausgabe von 30 Millionen Mark beauftragt. Der Zeichnungsauftrag beträgt 94%.

Zeichnungen auf diese günstige Kapitalanlage nimmt die hiesige Stadtpartasse entgegen.

Sobrau OS., den 15. Juli 1919.
Die Stadtpartasse.

Bekanntmachung.

Die Mitglieder der Schlesischen Provinzial-Lebensversicherungsanstalt werden ersucht, die fälligen Beitragsbeiträge (betr. Kinder- und Kleiner Lebensversicherung unter 2000 Mk.) in der Zeit vom 16. bis zum 24. d. Mts. zu entrichten.

Eine Abholung der Beiträge durch Boten findet nicht statt.

Sobrau OS., (Niedervorstadt Haus Nr. 183), den 15. Juli 1919.

Die Hebestelle.

Bekanntmachung.

Für die laufende Woche wird gegen Abschritt w der Zeitkarte in den bekannten Verkaufsstellen verabfolgt:

- 30 g Speisefett (1 Portion 36 Pf.),
- 25 g Butter (1 Portion 39 Pf.),
- 60 g Margarine (1 Portion 27 Pf.),
- 250 g Runkelkorn.

Die Bezugsabschnitte w sind bis Mittwoch den 16. d. Mts. abzuliefern.

Gegen Abschritt 23 der Lebensmittelkarte wird bei allen Kaufleuten verkauft:

- 250 g Graupe,
- 250 g Teigwaren,
- 10 g russ. Thee (1 Portion 24 Pf.),
- 250 g inl. Weizenmehl (je Pfd. 30 Pf.)

Die Bezugsabschnitte 23 sind bis Sonnabend den 19. d. Mts. spätestens abzugeben. Die Warenausgabe beginnt am Freitag den 25. d. M.

Gegen 4 Abschritte

- a) der Kinderkarte (bis zu 2 Jahren),
- b) (von 2-4 Jahren)

wird je Abschnitt 250 g = 1000 g Weizenklein und je Abschnitt 125 = 500 g Kindergerstemehl bei Herrn Kaufmann J. Sollorz verabfolgt.

Die Bezugsabschnitte müssen bis Freitag den 18. d. Mts. abgegeben werden. Der Weizenklein wird am Donnerstag den 24. d. M. abgegeben.

Gegen 4 Abschritte

- a) der Kranken (Ortlieb)-Karte,
- b) der (Nährmittel-Karte),
- c) der Kinderkarte (bis zu 2 Jahren) und
- d) der (von 2-4 Jahren)

werden bei Herrn Bäckermeister Wollner je 3 Bad Zwieback verabfolgt.

Die Bezugsabschnitte der gen. Karten sind bis Sonnabend den 19. d. Mts. abzugeben. Der Zwieback wird am Freitag den 25. d. M. abgegeben.

Sobrau OS., den 15. Juli 1919.

Der Lebensmittel-Ausschuss.

Bekanntmachung

Sofort kann durch eine mündliche Kraft eine **Duro-Gehilfen-Stelle** bei uns besetzt werden. Kenntnis der Registrator ist erwünscht. Meldungen sind sofort an uns einzurichten.

Sobrau OS., den 15. Juli 1919.

Der Magistrat. Reiche.

Für unsere Kriegsgefangenen haben ferner bei der Stadtpartasse eingezahlt:

Anton Schindler	15 Mk.
Ungeannt	15 "
	30 Mk.

Bisher eingezahlter Betrag 770 "

Zusammen 800 Mk.

Weitere Spenden werden erbeten.

Ein schönes großes

Geschäfts- und Wohnhaus

mit Hinterhaus, der Neuzeit entsprechend gebaut, im Industriegebiet gelegen, Kreisstadt, beste Lage, ist zu verkaufen. Nur Selbstkäufer erhalten Antwort unter Chiffre L. K. 100 an die Exped. d. Bl.

Verloren goldener Ring

mit grünem Stein (Saphir) auf dem Wege von Zweig bis Luftfilter. Der eheliche Finder wird gebeten, denselben gegen Belohnung in der Redaktion des Stadtblattes abzugeben.



Nach Gottes barmherzigem Ratschluss verschied heute früh 5 1/2 Uhr nach längerem mit grosser Geduld ertragenem Leiden, versehen mit den hl. Sacramenten unserer Kirche meine liebe Gattin, unsere gute treue Mutter, Tochter, Schwägerin, Schwägerin und Tante,

Frau Lucie Koch

geb. Mey

im Alter von 27 Jahren.

Dies zeigen schmerz erfüllt an

Sobrau OS., den 15. Juli 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Sonnabend, den 19. Juli, vormittags 9 1/2 Uhr.

Freiw. Feuerwehr Sobrau OS.

Der Verein veranstaltet von Mittwoch den 16. d. M. ab jeden Abend bis Sonntag den 20. d. M. ein

Preisfesten.

Die Herren von den Regellubs werden höflich gebeten, diese Woche vom Regeln Abstand nehmen zu wollen.

Der Vorstand

Ausgekämmtes Frauenhaar

kauft zu höchsten Preisen.

Baararbeiten

werden sorgfältig und schnell ausgeführt.

Josef Michalik,
Friseur, Ring.

Billardbauer Blasczyk

— Hindenburg —

Billardreparaturen jeder Art.
Lager sämtlicher Billardartikel.

Reparaturen

an Fahrrädern, Motoren, Separatoren, Nähmaschinen usw. werden unter Garantie von mir selbst ausgeführt.

Erste älteste mechanische Werkstatt
E. Knoppke,
Mechaniker, Töpferstr. 33.

Mehrere tüchtige

Zimmerleute

werden eingestellt. Meldungen in meinem Bau-Bureau oder beim Zimmerpolier Ogorek, Domnium Ober-Goldmannsdorf.

H. Eras,

Architekt und Maurermeister, Sobrau OS.

Maurer, Zimmerleute und Arbeiter

steht ein

Fritz Schian,
Maurermeister.

Ein jüngerer Haushälter

wird bei freier Wohnung sofort gesucht.

Fürstlich Plessisches Grubenkaufhaus,
Boerschichte, Kostuchna, Kreis Pleß OS.

Verloren Brieftasche

mit über 500 Mark Inhalt und Militärapapieren, lautend auf meinen Namen. Der eheliche Finder erhält eine hohe Belohnung.

Karl Drastik,
Dampfmühle.

Perlentasche mit Inhalt

am Sonntag abend im Schützenhaus liegen gelassen. Gegen Belohnung abzugeben bei Helene Kendziora, Niedervorstadt.

Als Vermählte empfehlen sich:

Joseph Tyrtania

Else Tyrtania

geb. Fellmann

Leipe bei Münsterberg i. Schles.,
den 16. Juli 1919.

Bei meinem Scheiden von Sobrau sage allen Bekannten ein

herzliches Lebewohl!

Th. Tintelott
Ober-Ingenieur.

Habe zu verkaufen:
Große und kleine Fässer
(geeignet zum Krauteinlegen),
Korbflaschen, Leitern, Stroh,
1 Ziege u. a. m.
Hugo Schüftan.

Kochtisch, Küchenrahmen und Küchentisch

verkauft

Franz Boida, Obervorstadt.

Gefunden weicher Hut.

Abzuholen gegen Erstattung der Kosten. Bei wem? sagt die Exped. d. Bl.

6 Stück junge Gänse,

ausgewaschen, vollfedrig, sofort zu verkaufen. Zu erfragen bei Stellmachermeister Magiera.

Reichenberger's Zahn-Atelier

Sobrau OS., Ring 129.

Sprechstunden:

Vormittags von 8-12 Uhr,
Nachmittags von 2-6 Uhr.
Sonntags von 9-12 Uhr.

Reinleimene Schürzen

Küchenschürzen

blau Zellstoff Stück M. 5,80,	8 Stück M. 16,50
rein Leinen	" 14,- 2
Frauenwirtschenschürze, elegant	Pa. Zellstoff Stück M. 9,50 3 Stück M. 27,-
rein Leinen	" 25,80 8
Damenschürze, sehr vornehm	allerb. Zellstoff Stück M. 16,- 8 Stück M. 48,-
rein Leinen	" 29,50 8 Stück M. 88,-
Küchenschürze	Pa Pa Zellstoff Stück M. 84,- 8 Stück M. 95,-
Männerschürze	blau Zellstoff Stück M. 8,25 8 Stück M. 18,-
Schneuertücher	Dtsd M. 9,- und M. 12,-

August Rettig, Dessau M. 989.